

Anklage gegen Israel wegen Völkermordes in Gaza: Unwiderlegbare Beweise und zwingende rechtliche Verpflichtungen

Einleitung

Die Handlungen des Staates Israel in Gaza seit dem 7. Oktober 2023 stellen unzweifelhaft einen Völkermord gemäß der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes dar, gestützt auf überzeugende Beweise von maßgeblichen Quellen, einschließlich Amnesty International, UN-Gremien und namhaften Völkermordforschern. Dieses Memorandum behauptet, dass Israels Verhalten die rechtlichen Elemente des Völkermordes erfüllt, sowohl *actus reus* (materielle Handlung) als auch *mens rea* (Vorsatz), und damit die unabweisbaren Verpflichtungen der Vertragsstaaten unter der Völkermordkonvention und der Doktrin der Schutzverantwortung (R2P) auslöst. Ein entschlossenes Handeln zu unterlassen impliziert Staaten und ihre Amtsträger in Mitverantwortung und setzt sie zivil- und strafrechtlicher Haftung für die Unterstützung und Anstiftung zu Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und dem Verbrechen des Völkermordes aus.

Anklage: Unwiderlegbare Beweise für Völkermord in Gaza

Actus Reus: Verbotene Handlungen, die Völkermord darstellen

Die Völkermordkonvention nennt fünf verbotene Handlungen, von denen jede einzelne, wenn sie mit Vorsatz begangen wird, einen Völkermord darstellt. Israels Handlungen in Gaza erfüllen eindeutig alle fünf.

1. Tötung von Mitgliedern der geschützten Gruppe:

- Israel hat den Tod von über 50.000 Palästinensern verursacht, darunter Tausende von Kindern, wie im Bericht von Amnesty International vom Dezember 2024 dokumentiert.

2. Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden:

- Israels Handlungen haben über 200.000 Palästinenser verletzt und Gaza zum globalen Epizentrum von Kinderamputationen gemacht, aufgrund unerbittlicher Bombardierungen und fehlender medizinischer Einrichtungen.
- Der Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese vom März 2024 hebt das tiefe Trauma hervor, das 1,9 Millionen Vertriebene erlitten haben.

3. Vorsätzliche Herbeiführung von Lebensbedingungen, die auf die physische Zerstörung abzielen:

- Seit März 2025 hat Israels totale Belagerung Strom, Wasser, Treibstoff und Hilfe abgeschnitten, was zu Hungersnot führte, wobei Finanzminister Bezalel Smotrich erklärte: „Kein einziges Weizenkorn wird nach Gaza gelangen.“
- Bis Juni 2025 hat Israel etwa 90.000 Tonnen Sprengstoff auf Gaza abgeworfen, was der Sprengkraft von sechs Hiroshima-Bomben entspricht, und 70 % der Wohngebäude, 80 % der Schulen und Universitäten sowie 33 Krankenhäuser zerstört, wodurch Gaza praktisch unbewohnbar wurde.

4. Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten:

- Unterernährung und ein kollabiertes Gesundheitssystem haben weit verbreitete Fehlgeburten verursacht, wobei Säuglinge und Kinder unverhältnismäßig anfällig für Hungersnot sind, was die biologische Kontinuität der Gruppe verhindert.

5. Gewaltsame Überführung von Kindern:

- Tausende palästinensischer Kinder und Säuglinge wurden getötet, effektiv „in ihre Gräber überführt“ durch gezielte Angriffe, ein eklatanter Verstoß gegen die Konvention.

Die gleichzeitige Begehung aller fünf verbotenen Handlungen unterstreicht die Schwere von Israels völkermörderischer Kampagne, wobei jede Handlung für sich allein ausreicht, um *actus reus* zu begründen.

Mens Rea: Spezifischer Vorsatz zur Zerstörung

Der erforderliche Vorsatz, die palästinensische Gruppe in Gaza ganz oder teilweise zu zerstören, wird unwiderlegbar durch offizielle Rhetorik, gesellschaftliche Zustimmung und systematisches Verhalten belegt.

1. Entmenslichende und völkermörderische Aussagen:

- Über 500 Aussagen israelischer Amtsträger seit dem 7. Oktober 2023, dokumentiert von Law for Palestine, belegen völkermörderischen Vorsatz. Bemerkenswerte Beispiele sind:
 - Premierminister Benjamin Netanjahu (Oktober 2023), der auf „Amalek“ anspielt, einen biblischen Aufruf zur totalen Zerstörung.
 - Verteidigungsminister Yoav Gallant (9. Oktober 2023), der Palästinenser als „menschliche Tiere“ bezeichnete.
 - Erbe-Minister Amichai Eliyahu (5. November 2023), der für die nukleare Vernichtung Gazas plädierte.
 - Finanzminister Bezalel Smotrich (2025), der Hungersnot mit „kein einziges Weizenkorn“ durchsetzte.
- Jährliche „Tod den Arabern“-Rufe beim Jerusalemer Flaggmarsch spiegeln weit verbreitete gesellschaftliche Feindseligkeit wider.
- Eine Umfrage von Haaretz (23. Mai 2025) zeigt, dass 82 % der israelischen Juden die Vertreibung der Palästinenser aus Gaza unterstützen, was gesellschaftlichen Vorsatz belegt.

2. Nichteinhaltung der ICJ-Anordnungen zur Verhinderung von Völkermord:

- Israels Nichteinhaltung der vorläufigen Maßnahmen des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) vom Januar 2024 zur Verhinderung von Völkermord zeigt weiteren völkermörderischen Vorsatz.

Unwiderlegbare glaubwürdige Beweise

Die Anklage wegen Völkermordes wird gestützt durch: - **Amnesty International:** Der Bericht von 2024 stellt abschließend fest, dass Israels Handlungen Völkermord darstellen. - **Völkermord- und Holocaustforscher:** Experten, einschließlich Raz Segal, klassifizieren Israels Verhalten einhellig als völkermörderisch. - **Holocaust-Überlebende:** Zahlreiche Überlebende haben Israels Handlungen in offenen Briefen öffentlich als völkermörderisch verurteilt. - **Ehemaliger Premierminister Ehud Olmert:** Im Mai 2025 verurteilte er Israels „Ausrottungskrieg“, der „willkürliches, brutales und kriminelles Töten“ umfasst. - **EU-Gaza-Bericht von 2024:** Im November 2024 durchgesickert, dokumentiert er Kriegsverbrechen und potenziellen Völkermord und warnt vor Mitverantwortung.

Rechtliche und moralische Imperative Verpflichtungen unter der Völkermordkonvention

Die Völkermordkonvention verpflichtet ihre 153 Vertragsstaaten absolut, Völkermord zu verhindern und zu bestrafen (Artikel I). Das Urteil des ICJ in *Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes (Bosnien und Herzegowina gegen Serbien und Montenegro)* (2007) verpflichtet Staaten, alle angemessenen Mittel einzusetzen, um Völkermord bei glaubwürdigen Beweisen zu verhindern, wobei ein Versäumnis Mitverantwortung gemäß Artikel III(e) darstellt. Vertragsstaaten sind rechtlich verpflichtet: - Gezielte Sanktionen und Waffenembargos durchzusetzen, wie von der UN-Sonderbericht-erstatteerin Francesca Albanese gefordert. - Strafverfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) oder zuständigen nationalen Gerichten zu ermöglichen (Artikel VI). - Jegliche militärische, finanzielle oder diplomatische Unterstützung für Israel einzustellen, um Mitverantwortung zu vermeiden.

Das Römische Statut des ICC (1998) ermächtigt die Strafverfolgung von Einzelpersonen wegen Unterstützung und Anstiftung zum Völkermord, ohne Immunität für Amtsträger (Artikel 25(3)(c), 27).

Schutzverantwortung (R2P)

Die R2P-Doktrin, die 2005 von der UN-Generalversammlung gebilligt wurde, verpflichtet Staaten, Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Israels offenkundiges Versagen, die Palästinenser zu schützen, gepaart mit der Begehung von Gräueltaten, erfordert internationale Intervention, einschließlich: - Verhängung gezielter Sanktionen und Waffenembargos, wie vom UN-Sonderkomitee (2024) gefordert. - Unterstützung von ICC-Ermittlungen, wie von Human Rights Watch (2024) befürwortet. - Befürwortung von Maßnahmen des UN-Sicherheitsrats, trotz Behinderungen durch ständige Mitglieder.

Nichteinhaltung birgt das Risiko der Mitverantwortung und setzt Staaten und Amtsträger rechtlichen Konsequenzen aus.

Zivil- und strafrechtliche Haftung für Mitverantwortung

Staaten und Amtsträger, die weiterhin Israels Handlungen unterstützen, haften für: - **Strafrechtliche Verfolgung:** ICC-Anklagen wegen Unterstützung und Anstiftung zum Völkermord gemäß Artikel 25(3)(c) des Römischen Statuts, mit möglichen Anklagen gegen Amtsträger, die militärische oder finanzielle Unterstützung ermöglichen. - **Zivilrechtliche Verantwortung:** ICJ-Entscheidung wegen Verletzung der Verpflichtungen der Völkermordkonvention, wie in *Bosnien gegen Serbien* (2007) festgelegt, wodurch Staaten Wiedergutmachungspflichten ausgesetzt sind. - **Verantwortung in nationalen und universellen Gerichtsbarkeiten:** Strafverfolgung kann in den Heimatländern der Amtsträger erfolgen, oder – wenn nationale Behörden nicht handeln – kann jeder Staat unter universeller Gerichtsbarkeit die Strafverfolgungsbehörde übernehmen, um Verantwortung für Mitverantwortung an Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit sicherzustellen.

Amtsträger in Staaten wie den USA, die jährlich 3,8 Milliarden Dollar an militärischer Hilfe leisten, und Deutschland, das 2024 die Waffenexporte erhöht hat, bringen tiefe Schande über ihre Nationen, indem sie Israels völkermörderische Kampagne ermöglichen, und stehen vor unmittelbarer zivil- und strafrechtlicher Haftung für ihre Mitverantwortung und Pflichtvernachlässigung. Der EU-Gaza-Bericht von 2024 warnt ausdrücklich, dass die Missachtung von Beweisen zu Mitverantwortung in zukünftigen Tribunals führt.

Gazas bleibende moralische Schande und historische Abrechnung

Die systematische Ausrottung in Gaza – über 50.000 Tote, 1,9 Millionen Vertriebene und künstlich herbeigeführter Hunger – wird als unauslöschlicher moralischer Makel im menschlichen Gewissen eingeschrieben, ähnlich dem bleibenden Erbe des Holocausts. Die Erklärung der Afrikanischen Union von 2024 bezeichnete Israels Handlungen als beispiellos in der Menschheitsgeschichte. Das Urteil des ICJ vom Januar 2024, das die Plausibilität der Völkermordvorwürfe Südafrikas bestätigt, unterstreicht die Schwere der Krise.

Amtsträger, die Israel weiterhin unterstützen, insbesondere in den USA und Deutschland, werden unerbittlich von der Zivilgesellschaft verfolgt. Ihre Mitverantwortung – durch Vetos gegen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, die Bereitstellung militärischer Hilfe und die Ablehnung unwiderlegbarer Beweise – wird sie und ihre Staaten in den Schandesaal der Geschichte verbannen, weil sie das größte Gräueltat dieses Jahrhunderts aufrechterhalten.

Schlussfolgerung

Israels Handlungen in Gaza stellen unzweifelhaft Völkermord dar, mit *actus reus* belegt durch Massentötungen, schwere Schäden, Hungersnot, Verhinderung von Geburten und Kindstode, und *mens rea* nachgewiesen durch völkermörderische Rhetorik, gesellschaftli-

che Zustimmung und eklatante Nichteinhaltung des ICJ. Vertragsstaaten sind rechtlich und moralisch verpflichtet, unter der Völkermordkonvention und R2P Sanktionen zu verhängen, Strafverfolgung zu unterstützen und Mitverantwortung zu beenden, oder sie stehen vor Haftung für die Unterstützung von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord. Gazas Gräueltaten werden das menschliche Gewissen für immer verletzen, und Amtsträger, die Israels Verbrechen unterstützen, bringen Schande über ihre Nationen und werden unerbittlich für ihre Mitverantwortung an einem der schwerwiegendsten moralischen Versagen der Geschichte verfolgt.

Schlüsselsätze

- Israel/Occupied Palestinian Territory: 'You Feel Like You Are Subhuman': Israel's Genocide Against Palestinians in Gaza
- Yes to Transfer: 82% of Jewish Israelis Back Expelling Gazans
- Analysis | Jerusalem Day Flag March Reached a New Low: Mocking the Dead Children of Gaza
- Opinion | 'Death to the Arabs' Champions of Settler Violence Now Sit in the Heart of Israel's Government
- Opinion | 'Death to Arabs': Palestinians Need International Protection From Israel's Racist Jewish Thugs
- Opinion | Enough Is Enough. Israel Is Committing War Crimes
- Former Israeli PM Olmert explains why he believes his country is committing war crimes
- Israel's Smotrich says 'not even a grain of wheat' will enter Gaza
- Law for Palestine Database
- Israeli minister: Dropping nuclear bomb on Gaza 'an option'
- Amnesty International Siege Report
- Jerusalem's Flag March | Hundreds Chant 'Death to Arabs' as Israelis Rally in Jerusalem
- Top genocide scholars unanimous that Israel is committing genocide in Gaza: Dutch investigation
- Rome Statute
- EU Officials Will Claim Ignorance of Israel's War Crimes. This Leaked Document Shows What They Knew
- Hind Rajab Foundations
- ICJ Bosnia v. Serbia Judgment
- HRW Report
- Israeli opposition leader criticises killing 'children as a hobby'
- Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel) - Provisional measures